

Der Magistrat

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/1127/2022**
 Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
 Datum: 12.10.2022

Amt: Büro Bürgerbeteiligung und Lokale Agenda 21
 Aktenzeichen/Telefon: II-AR2022-3
 Verfasser/-in: Michael Bassemir

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Entscheidung
Ausschuss für Klima-, Umwelt- und Naturschutz, Stadtentwicklung, Energie und Verkehr	01.11.2022	Beratung
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung

Betreff:

Verbesserung des Regionalverkehrs
 - Antrag des Magistrats vom 12.10.2022 -

Antrag:

„Die Stadt Gießen wird aufgefordert, mit dem RMV Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, umsteigefreie überregionale Verbindungen (nach Darmstadt, Wiesbaden, Mainz u. a.) zu stärken, zum Beispiel durch die Verbindung der Linien 30 (Kassel - Gießen - Frankfurt) und 60 (Frankfurt - Darmstadt - Richtung Mannheim).“

Begründung:

Die Lokale-Agenda-Gruppe „Energie“ hat den Antrag am 05.10.2022 in den Agenda-Rat eingebracht. Dort wurde er unter den Vertreter*innen der Lokalen Agenda 21, des Magistrats, der Fraktionen und des Ausländerbeirats diskutiert, geändert und im Konsens verabschiedet.

Als Begründung führt die Lokale-Agenda-Gruppe an:

„Obwohl es den Bahnkunden sehr wichtig ist, nicht umsteigen zu müssen und schnell das Ziel zu erreichen, enden alle Regionalzüge in Frankfurt-Hauptbahnhof. Es wäre ein leichtes, analog den S-Bahn-Linien, diese Züge nach Darmstadt, Frankfurt-Flughafen, Mainz oder Wiesbaden durchzubinden. Damit könnten insbesondere Reisende, die nicht Frankfurt als Zielbahnhof haben, gewonnen werden und entsprechende Pkw-Fahrten ersetzt werden. Als kostenlosen Nebeneffekt hätte der Frankfurter Hauptbahnhof dadurch sogar mehr Kapazität gewonnen, da die RE-Züge die Gleise bis zur erneuten Abfahrt zum Teil bis zu 40 Minuten blockieren. Kosten würden keine entstehen. Weitere Vorteile:

- Höhere Attraktivität durch umsteigefreie und schnellere Verbindungen, dadurch:
- Weitere Fahrgeldeinnahmen durch mehr Reisende
- Einsparung einer ganzen Zugeinheit

- Wegfall der Standgebühren im Frankfurter Hauptbahnhof
- Geringere Personalkosten (durch die schnelleren Umläufe)
- Entlastung des angeblich überlasteten Frankfurter Hauptbahnhofs mit der Chance, eine weitere milliarden schwere Untertunnelung des Hauptbahnhofs zu vermeiden.“

W r i g h t (Bürgermeister)

Beschluss des Magistrats vom ____ . ____ . ____

Nr. der Niederschrift _____ TOP _____

- beschlossen
- ergänzt/geändert beschlossen
- abgelehnt
- zur Kenntnis genommen
- zurückgestellt/-gezogen

Beglaubigt:

Unterschrift